



Stabile Beziehungen zur EU gewinnen in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten an Bedeutung

im Auftrag von Interpharma

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Sophie Schäfer: Projektleiterin

Jenny Roberts: Data Scientist / Projektleiterin

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Bern, 29.05.2026

Publikation: 16.06.2026

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNGSTEXT	4
1 BEFUNDE	5
1.1 Sicht auf die Bilateralen Verträge.....	5
1.1.1 Einschätzung zu den Bilateralen in einzelnen Gruppen	6
1.1.2 Pro und Contra-Argumente.....	8
1.1.3 Relevante Treiber für die Einschätzung zu den Bilateralen.....	10
1.1.4 Einschätzungen zur Rolle der EU	11
1.1.5 Beurteilung verschiedener Szenarien möglicher Volksabstimmungen	12
1.2 Bewertung des Verhandlungsergebnis.....	13
1.2.1 Anpassungen an bestehenden Verträgen	13
1.2.2 Stimmabsicht Paket Schweiz-EU	15
1.2.3 Stimmabsicht zum Paket Schweiz-EU im Vergleich.....	21
2 ERSTE SYNTHESE	23
3 INFOBOX	24
4 ANHANG	25
4.1 gfs.bern-Team.....	25

Einleitungstext

Das Forschungsinstitut gfs.bern führte im Auftrag der Interpharma zum 13. Mal die Befragung zum Standort Schweiz bei 2'050 Stimmberechtigten durch. 715 Interviews davon wurden, wie in den vergangenen Jahren, mittels eines «Random Digit Dialing (RDD)»-Verfahrens ausgewählt und via Telefon befragt. 1'335 Interviews wurden über das gfs.bern-eigene Panel «Polittrends» durchgeführt. Die Erhebung fand zwischen dem 01. April und dem 12. Mai 2026 statt und beleuchtet zentrale Themen zur Europapolitik und zum Wirtschaftsstandort Schweiz. Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von $\pm 2,2$ Prozentpunkten.

Die Unterstützung für den bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU bleibt auch 2026 hoch. Besonders breit abgestützt sind weiterhin die wirtschaftlichen Argumente zugunsten der Bilateralen: Der Zugang zum europäischen Exportmarkt, Forschung, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand werden nach wie vor klar als zentrale Vorteile wahrgenommen. Gleichzeitig gewinnt vor dem Hintergrund multipler geopolitischer Krisen und Konflikte die Sicherung stabiler Beziehungen zur EU sichtbar an Bedeutung. Die Beziehungen zur EU werden zunehmend auch als Frage wirtschaftlicher und politischer Stabilität verstanden. Trotz dieser insgesamt positiven Grundhaltung bleiben migrations- und EU-kritische Vorbehalte verbreitet. Eine Mehrheit sieht weiterhin Belastungen durch die Personenfreizügigkeit oder beurteilt die EU kritisch als bürokratisch. Besonders konfrontative Deutungen der Beziehungen Schweiz–EU verlieren jedoch zuletzt an Zustimmung.

Das ausgehandelte Paket Schweiz–EU verfügt derzeit über eine mehrheitsfähige Ausgangslage. Rund sechs von zehn Stimmberechtigten würden dem Paket zustimmen. Zentral für die Zustimmung ist dabei die Wahrnehmung, dass das Paket eine Voraussetzung für den Abschluss neuer Abkommen zum Vorteil der Schweiz darstellt.

Weitere Details zur Befragungsmethode finden sich in der Infobox am Ende des Cockpits.

1 Befunde

1.1 Sicht auf die Bilateralen Verträge

Seit dem Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU Ende 2024 befindet sich der bilaterale Weg in einer neuen Phase. Im Zentrum der politischen Diskussion stehen seither insbesondere Fragen rund um Zuwanderung, Lohnschutz, Rechtsübernahme und die Rolle europäischer Institutionen. Gleichzeitig bleibt der wirtschaftliche Nutzen der Bilateralen – etwa für Forschung, Export und Arbeitsmarkt – für viele ein zentrales Argument.

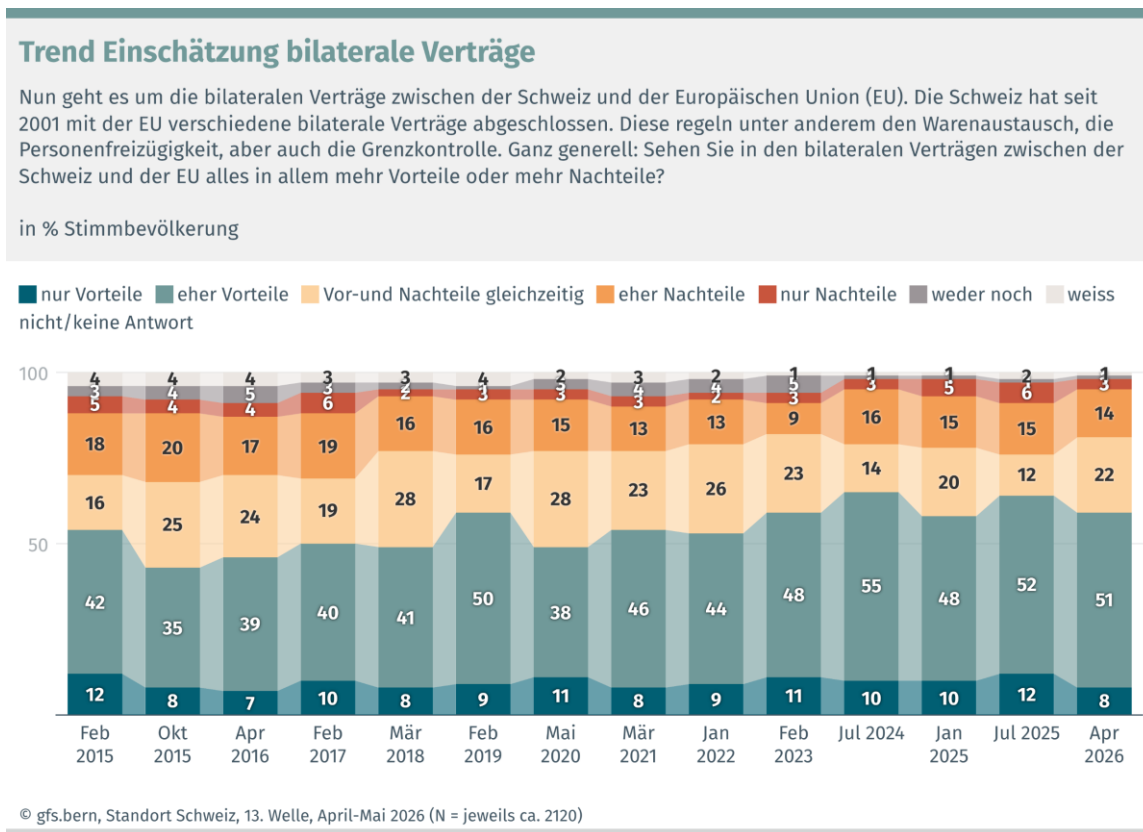


Im März 2026 hat der Bundesrat das Vertragspaket offiziell ans Parlament überwiesen. Derzeit wird zudem intensiv darüber diskutiert, welcher Abstimmungsmodus für die neuen Verträge gelten soll. Der Bundesrat hält aktuell daran fest, die Abkommen dem fakultativen Referendum zu unterstellen, womit bei einer Volksabstimmung nur das Volksmehr und kein zusätzliches Ständemehr notwendig wäre. Gegner:innen der Verträge fordern hingegen ein obligatorisches Referendum mit Ständemehr. Damit dürfte neben dem Inhalt der Verträge auch die institutionelle Frage des Abstimmungsmodus zu einem zentralen politischen Konfliktpunkt der kommenden Jahre werden.

Nachdem die Vorteilssicht gegenüber den Bilateralen zwischen den Jahren 2020 und 2024 relativ konstant zugenommen hat, setzt sich die Entwicklung der letzten drei Befragungswellen nicht gleichermassen fort. Bereits Anfang 2025 zeigte sich erstmals ein Rückgang der positiven Einschätzung der Bilateralen Verträge, nachdem im Sommer 2024 mit 65 Prozent ein Höchstwert erreicht worden war (nur/eher Vorteile). 2026 nimmt die Vorteilssicht nun erneut leicht ab (59%, -5 Prozentpunkte [Pp.]). Damit überwiegt die positive Wahrnehmung nach wie vor.

Gleichzeitig wächst im Vergleich zur Erhebung vom letzten Sommer wieder der Anteil jener Personen, die sowohl Vor- als auch Nachteile in den Bilateralen erkennen (22%, +10 Pp.). Dies deutet weniger auf eine Abkehr vom bilateralen Weg hin als vielmehr auf eine wieder zunehmend ambivalente und differenzierte Wahrnehmung der Beziehungen zur EU – ähnlich wie sie vor gut einem Jahr vorzufinden war.

Grafik 1



1.1.1 Einschätzung zu den Bilateralen in einzelnen Gruppen

Wie bereits in den vergangenen Befragungswellen bleibt die Parteisymphathie ein zentraler Faktor für die Einschätzung der Bilateralen Verträge. Am positivsten werden die Bilateralen aktuell von den Anhänger:innen der GLP beurteilt: 82 Prozent sehen eher oder nur Vorteile in den Verträgen. Damit stabilisiert sich die Vorteilssicht nach dem Rückgang Anfang 2025 wieder auf hohem Niveau. Ebenfalls sehr hoch bleibt die Zustimmung bei Sympathisierenden der SP, wo 81 Prozent die Bilateralen positiv bewerten. Auch bei den Grünen bleibt die Vorteilssicht mit 75 Prozent klar mehrheitsfähig, fällt jedoch gegenüber Januar 2025 und insbesondere Juli 2025 deutlich tiefer aus.

Deutlich ambivalenter präsentiert sich hingegen die Stimmung im bürgerlichen Lager: Bei der Mitte sehen zwar weiterhin rund zwei Drittel Vorteile in den Bilateralen (65%), gleichzeitig steigt der Anteil ambivalenter Einschätzungen auf 26 Prozent. Ähnliches lässt sich bei der Anhängerschaft der FDP beobachten: Zwar bewertet weiterhin eine klare Mehrheit hier die Bilateralen positiv (70%), gegenüber Juli 2025 geht die Vorteilssicht ebenfalls leicht zurück, befindet sich aber im Zeitvergleich auf stabil hohem Niveau. Am kritischsten bleibt die Haltung im SVP-Lager. Dort sieht nur rund ein Drittel Vorteile in den Bilateralen (32%), während gleichzeitig 39 Prozent eher oder nur Nachteile erkennen. Über die vergangenen Befragungswellen hinweg bleibt die Skepsis gegenüber den Bilateralen damit weitgehend auf konstant hohem Niveau.

Die parteiungebundenen Stimmberechtigten zeigen sich in einem Vergleich bei dieser Frage kritisch. So fällt die Vorteilssicht mit Ausnahme von 2024 erstmals wieder unter die 50-Prozent-Marke.

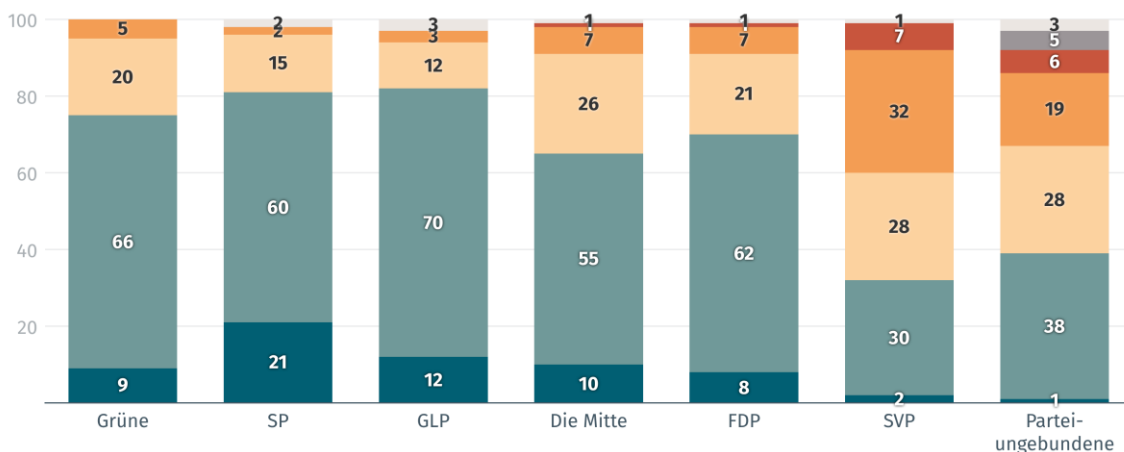
Grafik 2

Einschätzung bilaterale Verträge nach Partei

Nun geht es um die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Die Schweiz hat seit 2001 mit der EU verschiedene bilaterale Verträge abgeschlossen. Diese regeln unter anderem den Warenaustausch, die Personenfreizügigkeit, aber auch die Grenzkontrolle. Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

in % Stimmbevölkerung

■ nur Vorteile
 ■ eher Vorteile
 ■ Vor- und Nachteile gleichzeitig
 ■ eher Nachteile
 ■ nur Nachteile
 ■ weder noch
 ■ weiss nicht/keine Antwort



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (n=2004), sig., Cramér's V = 0.21

Auch nach Sprachregion manifestieren sich in der Einschätzung der Bilateralen Verträge klare Unterschiede: Während die Zustimmung in der Deutsch- und Westschweiz klar mehrheitsfähig bleibt, zeigt sich die italienischsprachige Schweiz weiterhin deutlich skeptischer gegenüber dem bilateralen Weg.

So sehen in der Deutschschweiz aktuell 60 Prozent eher oder nur Vorteile in den Bilateralen. Gegenüber dem Sommer 2025 hat die Vorteilssicht damit leicht abgenommen, nachdem sie seit 2020 insgesamt deutlich angestiegen war. Gleichzeitig nimmt der Anteil ambivalenter Einschätzungen im Vergleich zum Sommer 2025 wieder deutlich zu (+17 Pp.). In der Romandie zeigt sich eine gegenteilige Entwicklung, indem die Vorteilssicht im Vergleich zum Sommer nochmals zugenommen hat und sich derzeit bei 63 Prozent befindet.

Deutlich kritischer bleibt hingegen die Haltung in der italienischsprachigen Schweiz: Dort sieht nur eine Minderheit Vorteile in den Bilateralen Verträgen (39%), während 35 Prozent eher oder nur Nachteile erkennen. Die Haltung im Tessin bleibt damit weiterhin deutlich volatiler als in den übrigen Sprachregionen.

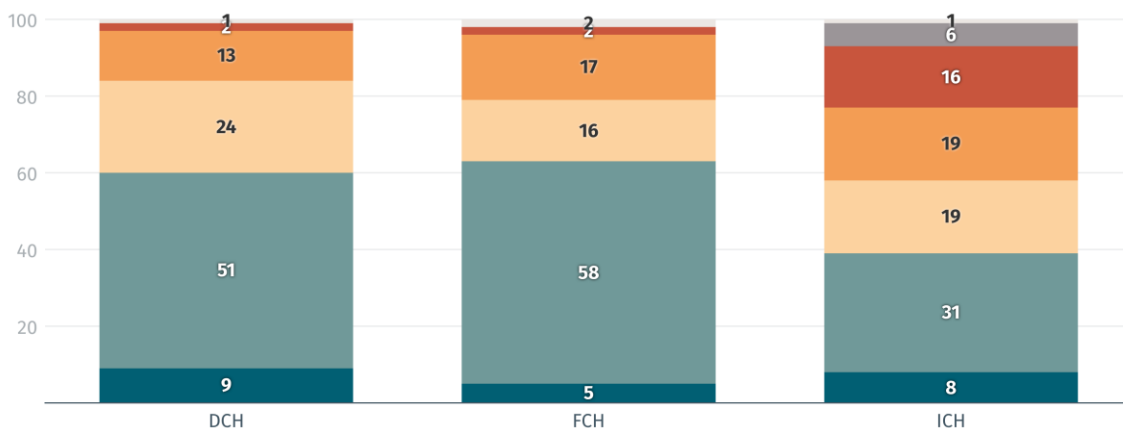
Grafik 3

Einschätzung bilaterale Verträge nach Sprache

Nun geht es um die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Die Schweiz hat seit 2001 mit der EU verschiedene bilaterale Verträge abgeschlossen. Diese regeln unter anderem den Warenaustausch, die Personenfreizügigkeit, aber auch die Grenzkontrolle. Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

in % Stimmbevölkerung

■ nur Vorteile ■ eher Vorteile ■ Vor- und Nachteile gleichzeitig ■ eher Nachteile ■ nur Nachteile ■ weder noch ■ weiss nicht/keine Antwort



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (N=2050), sig., Cramér's V = 0.15



Entlang des Alters und des Geschlechts der Befragten haben sich die Differenzen zwischen den Gruppen im Vergleich zur letzten Erhebung im Sommer 2025 akzentuiert. So bewerten 2026 die pensionierten Stimmberechtigten die Bilateralen Verträge noch deutlicher als vorteilhaft (72% eher/nur Vorteile) im Vergleich zu den jungen Befragten (unter 40 Jahren: 53%) oder den Stimmbürger:innen in einem mittleren Alter (40-64 Jahre: 56%). Weiter schätzen die Männer die Bilateralen weiterhin öfter positiv ein (63% eher/nur Vorteile) als dies Frauen tun (57%).

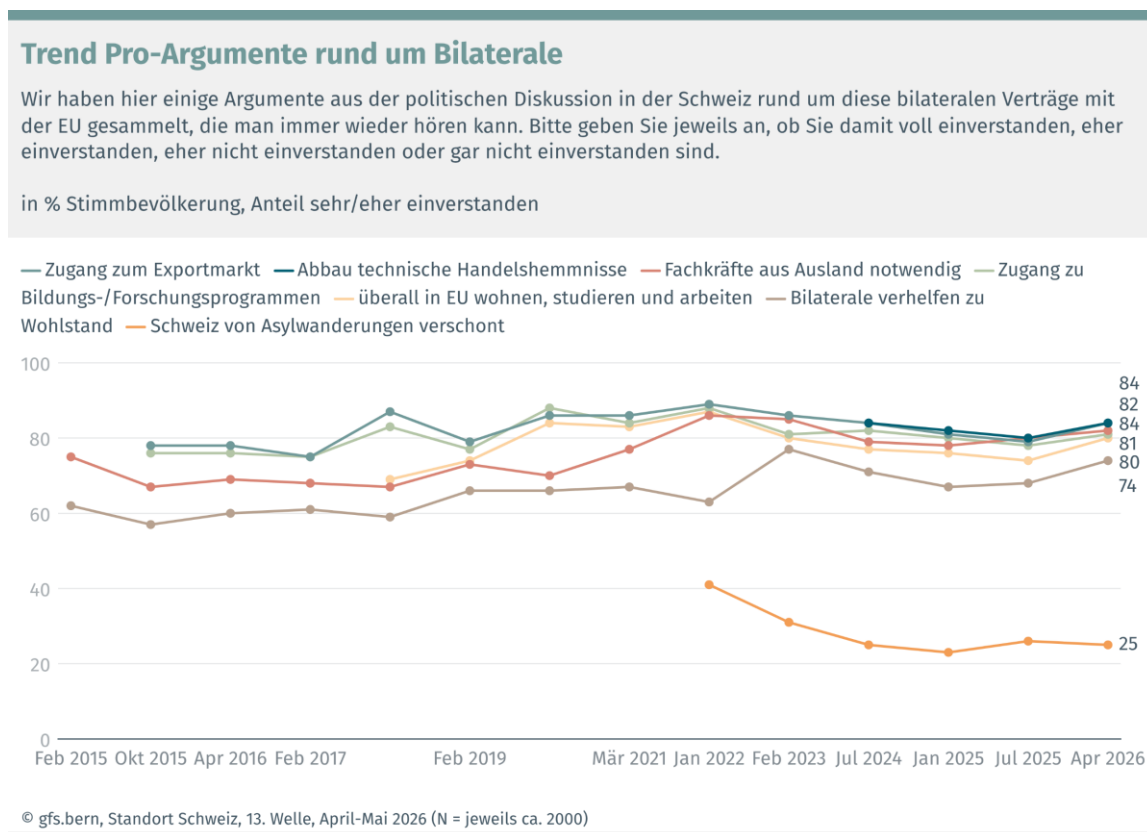
1.1.2 Pro und Contra-Argumente

Die Zustimmung zu den Pro-Argumenten rund um die Bilateralen Verträge bleibt auch 2026 insgesamt hoch. Nachdem 2025 bei mehreren Aussagen noch leichte Rückgänge zu beobachten gewesen waren, steigen die Zustimmungswerte 2026 fast ausnahmslos wieder an.

Am meisten Zustimmung erhält erneut der Zugang zum Exportmarkt: 84 Prozent der Stimmberechtigten stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Bilateralen Zugang zum europäischen Exportmarkt hätte – eine Zunahme von 5 Prozentpunkten im Vergleich zum Sommer 2025. Ebenfalls sehr hohe Zustimmungswerte erreichen der Abbau technischer Handelshemmnisse (84%, +4 Pp.), die Ansicht, dass die Schweiz auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sei (82%), der Zugang zu Bildungs- und Forschungsprogrammen (81%) sowie die Möglichkeit, in der EU zu wohnen, zu studieren und zu arbeiten (80%). Letztere Aussage hat mit einer Zunahme von 6 Prozentpunkten klar an Zustimmung gewonnen. Damit bleiben insbesondere die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vorteile der Bilateralen breit anerkannt.

Ein für die Befürwortung der Bilateralen sehr zentrales Element gewinnt gegenüber dem Sommer ebenfalls klar an Zustimmung. So sind derzeit 74 Prozent der Stimmberechtigten der Ansicht, dass die Bilateralen der Schweiz zu Wohlstand verhelfen (+ 6 Pp.). Nach wie vor keine Mehrheit zu überzeugen vermag hingegen die Aussage, dass die Schweiz dank der Bilateralen von Asylwanderungen verschont werde. Mit 25 Prozent Zustimmung bleibt dieses Argument klar in der Minderheit und bewegt sich weiterhin auf tiefem Niveau.

Grafik 4



Auf der anderen Seite gibt es aber auch Contra-Argumente rund um die Bilateralen Verträge, die in der Stimmbevölkerung auf mehrheitliche Zustimmung stossen. Im Unterschied zu den Pro-Argumenten zeigen sich die kritischen Einschätzungen, gerade im Vergleich der letzten vier Jahre, jedoch deutlich volatiler und reagieren stärker auf die aktuelle politische Diskussion rund um das neue Vertragspaket.

Am meisten Zustimmung erhält aktuell die Aussage, die EU sei ein bürokratischer Moloch (78%, +4 Pp.). Ebenfalls weiterhin verbreitet ist die Ansicht, dass die Personenfreizügigkeit die einheimischen Löhne unter Druck setze (66%, +4 Pp.). Damit erreicht dieses Argument wieder ähnlich hohe Werte wie Mitte der 2010er-Jahre. Eine Mehrheit sieht zudem in der Zuwanderung vermehrt eine Belastung für die Sozialwerke (59%, + 4 Pp.) und weniger eine Ursache für steigende Miet- und Immobilienpreise (57%, - 4 Pp.).

Weniger stark verbreitet bleiben hingegen grundsätzliche Souveränitätskritiken gegenüber der EU. So stimmen 40 Prozent der Aussage zu, die EU sei undemokratisch. Ebenfalls 40 Prozent sind der Ansicht, die Schweiz habe die Kontrolle über die Zuwanderung verloren, wobei diese Haltung im Vergleich zum Sommer 2025 um 7 Prozentpunkte an Zustimmung eingebüsst hat. Deutlich in der Minderheit bleibt weiterhin die Ansicht, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen sei (22%) und büsst ebenfalls klar an Zustimmung ein (-8 Pp.).

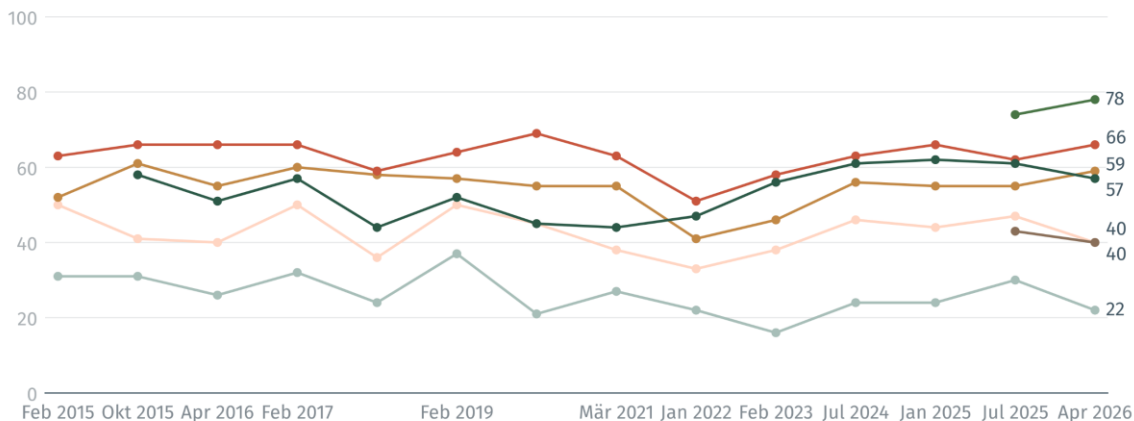
Grafik 5

Trend Contra-Argumente rund um Bilaterale

Wir haben hier einige Argumente aus der politischen Diskussion in der Schweiz rund um diese bilateralen Verträge mit der EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmbevölkerung, Anteil sehr/eher einverstanden

— Die EU ist ein bürokratischer Moloch — einheimische Löhne unter Druck durch PFZ — Zuwanderung als Belastung für Sozialwerke — Zuwanderung erhöht Miet- und Immobilienpreise — Die EU ist undemokratisch — Kontrolle über Zuwanderung verloren — Schweiz nicht auf Bilaterale angewiesen



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (N = jeweils ca. 1950)

1.1.3 Relevante Treiber für die Einschätzung zu den Bilateralen

Die Einschätzung zu den aktuellen Bilateralen Verträgen lässt sich mit weitergehenden Analysen auch inhaltlich begründen. Im ersten Schritt wird dabei mittels Regressionsanalyse der Einfluss der Pro- und Kontra-Argumente auf die allgemeine Sicht der Bilateralen untersucht.

Wie bereits in den vergangenen Jahren bleiben insbesondere der Zugang zum europäischen Exportmarkt sowie die Überzeugung, dass die Bilateralen der Schweiz zu Wohlstand verhelfen würden, die zentralen Treiber einer positiven Sicht auf die Verträge: Personen, die der Aussage zustimmen, dass die Bilateralen den Zugang zum Exportmarkt sichern täten, haben eine um 21 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die Bilateralen Verträge insgesamt als vorteilhaft zu beurteilen. Ebenfalls stark positiv wirkt die Ansicht, dass die Bilateralen der Schweiz zu Wohlstand verhelfen (+15 Pp.). Positiv, wenn auch schwächer, wirkt zudem die Überzeugung, dass die Schweiz dank der Verträge von Asylwanderungen verschont bleibe (+13 Pp.). Insgesamt zeigt sich damit erneut, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Bilateralen der wichtigste Treiber einer positiven Grundhaltung bleibt.

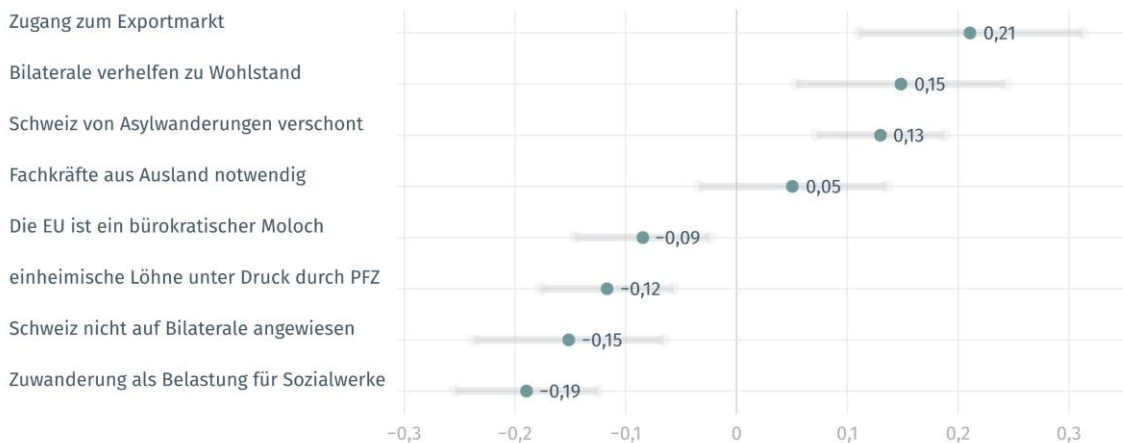
Auf der Gegenseite stehen vor allem migrations- und souveränitätspolitische Vorbehalte: Besonders stark negativ wirkt sich die Ansicht aus, dass die Zuwanderung eine Belastung für die Sozialwerke darstelle (-19 Pp.). Ebenfalls klar mit einer negativeren Einschätzung der Bilateralen verbunden sind die Überzeugungen, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen sei (-15 Pp.), dass die Personenfreizügigkeit die einheimischen Löhne unter Druck setze (-12 Pp.) sowie dass die EU ein bürokratischer Moloch sei (-9 Pp.).

Grafik 6

Einfluss Argumente auf die Wahrscheinlichkeit bilaterale Verträge als vorteilhaft zu sehen

Lesebeispiel: Menschen, die finden, dass Bilaterale den Zugang zum Exportmarkt sichern, haben eine 21 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die Verträge als vorteilhaft zu sehen (alle anderen Faktoren konstant).

Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (n = 1607). Zusätzliche Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Sprachregionen, Siedlungsart. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die verschiedenen Argumente rund um die Bilateralen) auf eine abhängige Variable (Einschätzung Bilaterale Verträge). Anhand des Vorzeichens lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Vorteilssicht (positives Vorzeichen) oder eher einer Nachteilssicht (negatives Vorzeichen) auf die Bilateralen führt. Je grösser der absolute Wert des Faktors einer unabhängigen Variable ist, desto grösser ist der Einfluss auf die Einschätzung der Bilateralen. Variablen, welche die Null-Linie kreuzen, haben (auf einem 95%-Konfidenzintervall) keinen statistisch nachweisbaren Einfluss. Die Interpretation dieser linearen Regression geschieht unter der Annahme, dass andere Einflüsse im Modell konstant gehalten werden (ceteris paribus). Auf diese Weise ist es möglich, den isolierten Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige zu eruieren. Die Kontrollvariablen (Alter, Geschlecht, Sprache, Siedlungsart) werden im Modell ebenfalls berücksichtigt, um allfällige Verzerrungen durch diese vermeiden zu können.

1.1.4 Einschätzungen zur Rolle der EU

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU werden derzeit womöglich gerade auch vor dem Hintergrund multipler geopolitischer Krisen und Konflikte neu beurteilt, und zwar dahingehend, dass die Sicherung stabiler Beziehungen zur EU für viele Stimmberechtigte klar an Bedeutung gewinnt. So ist 2026 im Vergleich zu den letzten Jahren wieder deutlich mehr Bewegung in der Einschätzung zur Rolle der EU zu beobachten.

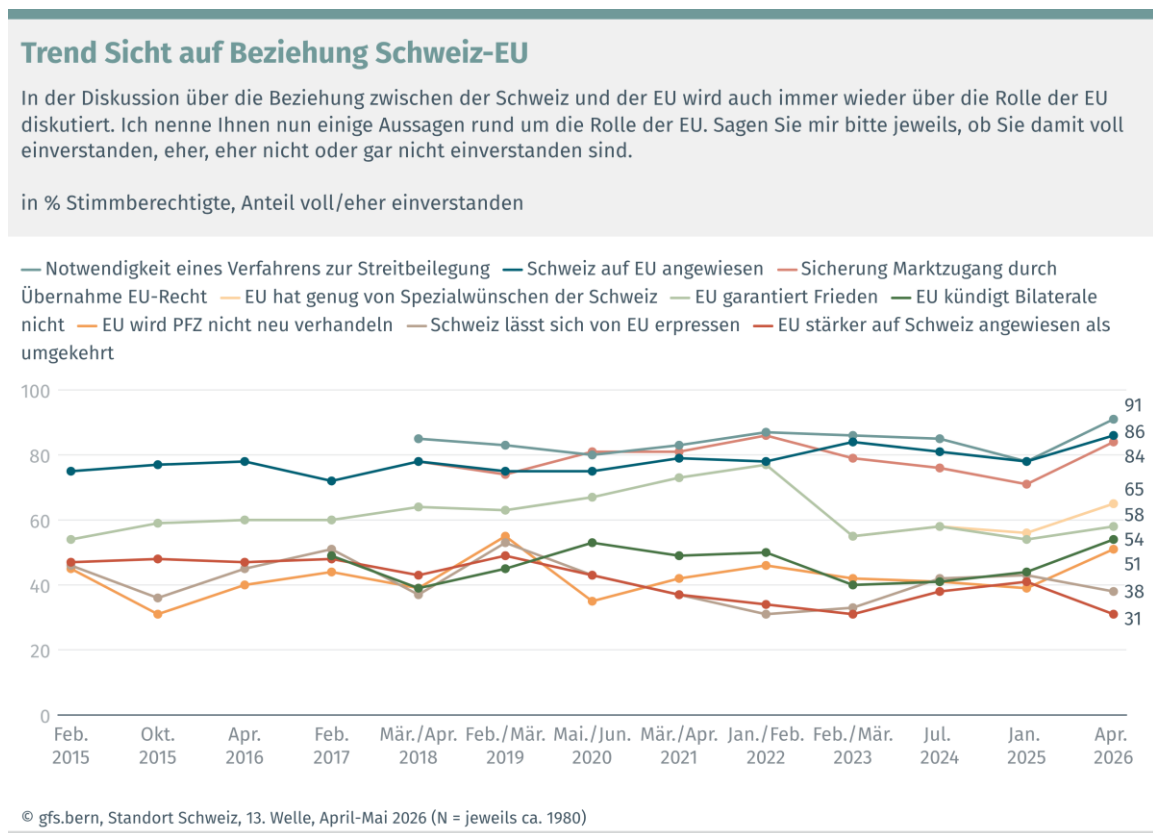
So gewinnt die Notwendigkeit eines Verfahrens zur Streitbeilegung zwischen der Schweiz und der EU gegenüber dem Vorjahr deutlich an Zustimmung (91%, +13 Pp.). Ebenfalls deutlich häufiger als noch Anfang 2025 sind die Stimmberechtigten der Meinung, dass die Schweiz auf die EU angewiesen sei (86%, +8 Pp.). Auch die Ansicht, dass der Schweizer Marktzugang durch die Übernahme von EU-Recht gesichert werde, legt klar zu und erreicht neu 84 Prozent Zustimmung (+13 Pp.).

Mehrheitlich geteilt wird zudem weiterhin die Einschätzung, dass die EU genug von den Spezialwünschen der Schweiz habe (65%). Leicht zugenommen hat zudem die Befürwortung der Ansicht, dass die EU Frieden garantiere (58%, +4 Pp.).

Weniger verbreitet sind hingegen konfrontativere Deutungen der Beziehungen Schweiz–EU. Zwar glaubt mittlerweile eine Mehrheit, dass die EU die Bilateralen nicht kündigen würde (54%, +10 Pp.). Gleichzeitig nimmt die Wahrnehmung ab, die Schweiz lasse sich von der EU erpressen (38%, -5 Pp.), genauso wie die

Ansicht, die EU sei stärker auf die Schweiz angewiesen als umgekehrt. Damit wird deutlich, dass die Stimmbevölkerung die Beziehungen zur EU 2026 wieder stärker als notwendige und stabile Partnerschaft wahrnimmt.

Grafik 7



1.1.5 Beurteilung verschiedener Szenarien möglicher Volksabstimmungen

Bei der Beurteilung verschiedener Szenarien für die zukünftige europapolitische Ausrichtung der Schweiz zeigt sich, dass primär pragmatische Modelle der Zusammenarbeit mit der EU mehrheitsfähig bleiben, während die Extrempositionen weiterhin klar abgelehnt werden. Am meisten Zustimmung erhält aktuell die Weiterentwicklung der Bilateralen unter Übernahme von EU-Recht. 53 Prozent der Stimmberechtigten würden ein solches Szenario unterstützen (+6 Pp. gegenüber Januar 2025). Erneut an Zustimmung eingebüsst hat hingegen der EWR-Beitritt (47%, -5 Pp.). Damit setzt sich der rückläufige Trend fort, der bereits seit 2023 sichtbar ist. Auch die Zusammenarbeit auf Basis der bisherigen Bilateralen ohne weitere Anpassungen an neue Marktentwicklungen oder zusätzliche Abkommen verliert an Zustimmung und fällt auf 40 Prozent (-7 Pp.). Die Unterstützung für ein Szenario, bei dem die Bilateralen gekündigt würden und stattdessen ein Freihandelsabkommen inklusive Landwirtschaft abgeschlossen würde, wächst hingegen leicht (43%, +4 Pp.).

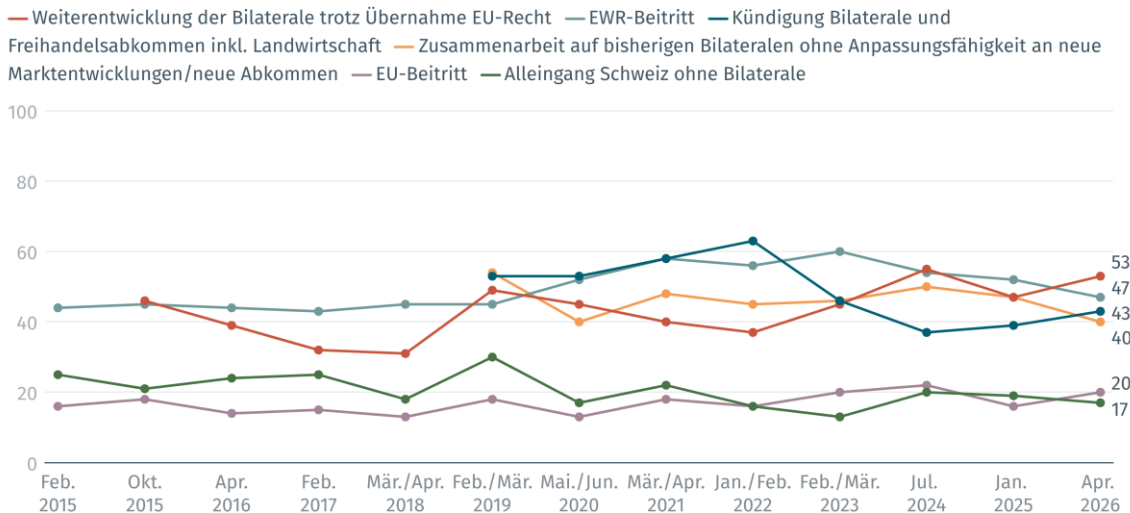
Die klarsten Minderheitspositionen bleiben weiterhin ein EU-Beitritt (20%, +4 Pp.) sowie ein vollständiger Alleingang der Schweiz ohne Bilaterale (17%). Beide Szenarien erreichen seit Jahren keine mehrheitsfähige Unterstützung in der Bevölkerung.

Grafik 8

Trend Szenarien Volksabstimmung

Ich nenne Ihnen nun verschiedene Szenarien, über welche das Schweizer Volk bei einer Volksabstimmung abstimmen könnte. Bitte sagen Sie mir zu jedem Szenario, wie Sie das Szenario beurteilen, ob Sie bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen sind.

in % Stimmberechtigte, Anteil bestimmt/eher dafür



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (N = jeweils ca. 2000)

1.2 Bewertung des Verhandlungsergebnis

1.2.1 Anpassungen an bestehenden Verträgen

Die konkret ausgehandelten Anpassungen an den bestehenden Bilateralen Verträgen stossen 2026 auf relativ konstant hohe Zustimmung. Besonders hoch fällt die Unterstützung bei jenen Elementen aus, bei denen die EU der Schweiz entgegenkommt oder konkrete wirtschaftliche Vorteile sichtbar werden.

Am meisten Zustimmung erhält weiterhin die Regelung, wonach kriminelle EU-Bürger:innen auch künftig ausgeschafft werden können. 95 Prozent der Stimmberechtigten unterstützen diesen EU-Kompromiss. Ebenfalls sehr breite Zustimmung findet die Rückkehr der Schweiz zu den europäischen Forschungsprogrammen Horizon (94%). Auch der Lohnschutz bleibt klar mehrheitsfähig: 89 Prozent stimmen der Aussage zu, dass EU-Unternehmen weiterhin Schweizer Löhne zahlen müssen, wenn sie Arbeitskräfte in die Schweiz entsenden (+4 Pp. gegenüber Januar 2025). Ebenso gross ist die Zustimmung zur Aktualisierung der Anerkennung von Produktvorschriften zwischen der Schweiz und der EU, wodurch der Aufwand für Schweizer Exporteure sinken soll (89%).

Hohe Zustimmung erhält zudem die Schutzklausel bei der Zuwanderung, welche der Schweiz ermöglicht, bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen Massnahmen zur Begrenzung der EU-Zuwanderung zu ergreifen (86%). Besonders deutlich steigt schliesslich die Akzeptanz der institutionellen Streitbeilegung: 81 Prozent stimmen mittlerweile der Regelung zu, wonach der Europäische Gerichtshof bei Streitigkeiten mitreden kann, am Ende jedoch ein paritätisches Schiedsgericht entscheidet (+18 Pp.).

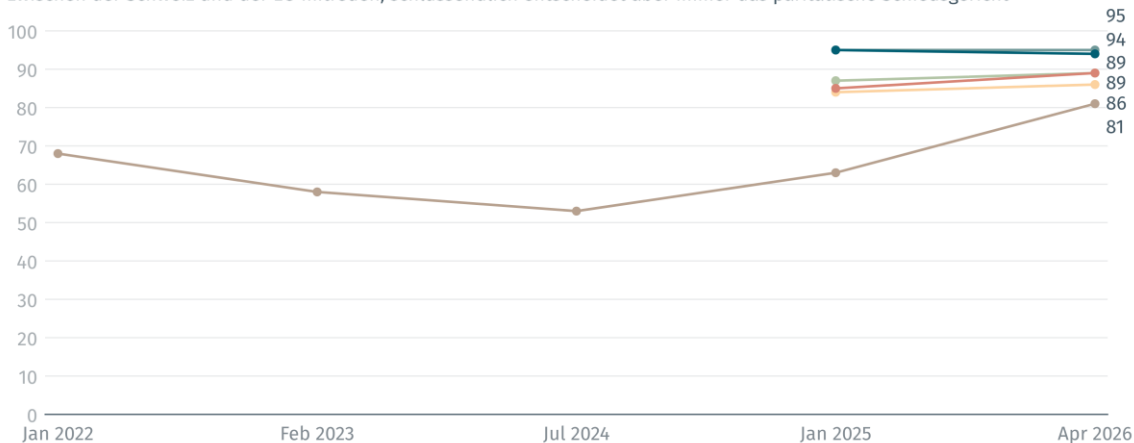
Grafik 9

Trend Verhandlungen Anpassungen bestehende Verträge (1/2)

Der Bundesrat hat auf Ende 2024 die Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge mit der EU fertig verhandelt. Im Juni 2025 wurden die Verhandlungsergebnisse vollständig publiziert und die Vernehmlassung gestartet. Aktuell werden die Bilateralen III im Parlament diskutiert. Die Bilateralen III beinhalten verschiedene Elemente zur Stabilisierung der bestehenden Abkommen und einige neue Abkommen. Zuerst geht es um Anpassungen an bestehenden Verträgen. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie mit einer solchen Anpassung voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.*

in % Stimmbevölkerung, Anteil voll/eher einverstanden

— Die EU macht einen Kompromiss bei der Ausschaffung: Kriminelle EU-Bürger:innen dürfen auch in Zukunft ausgeschafft werden — Die Schweiz erhält wieder Zugang zu Europäischen Forschungsprogrammen (Horizon) — EU-Unternehmen müssen weiterhin Schweizer Löhne zahlen, wenn sie EU-Arbeitskräfte in der Schweiz einsetzen. Zudem kann die Schweiz ohne Konsequenzen darauf verzichten, neue EU-Gesetze zu übernehmen, welche den Lohnschutz schwächen — Aktualisierung der Regelung zur Anerkennung von Produktvorschriften zwischen der Schweiz und der EU, wodurch der Aufwand für Schweizer Exporteure sinkt — Die EU macht einen Kompromiss bei der Zuwanderung: Die Schweiz kann für den Fall von schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Störungen nach Konsultation eines gemeinsamen Ausschusses Massnahmen zur Begrenzung der EU-Zuwanderung ergreifen (Schutzklausel) — Der europäische Gerichtshof kann neu bei Streitigkeiten zu den Verträgen zwischen der Schweiz und der EU mitreden, schlussendlich entscheidet aber immer das paritätische Schiedsgericht



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (n = jeweils ca. 1910)

*Fragetext 2025: 'Verhandelt wurden auch Anpassungen an den bestehenden Verträgen. Sie sehen nun einige solche Anpassungen. Geben Sie bitte an, ob Sie mit einer solchen Anpassung voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind!'

Auch bei den weiteren Anpassungen an den bestehenden Verträgen zeigt sich insgesamt eher Zustimmung als Ablehnung, institutionelle und finanzielle Zugeständnisse der Schweiz werden jedoch zurückhaltender beurteilt. Gleichzeitig legen mehrere dieser Anpassungen gegenüber Januar 2025 an Akzeptanz zu.

Am meisten Zustimmung erhält 2026 die Regelung, wonach die Schweiz für Schweizer und EU-Studierende die gleichen Studiengebühren erheben soll. 67 Prozent der Stimmberechtigten unterstützen diese Anpassung (+9 Pp.). Ebenfalls mehrheitsfähig bleibt die Übernahme von EU-Recht im Rahmen bestehender Verträge unter Wahrung des Referendumsrechts (66%). Eine Mehrheit unterstützt zudem die Kompromisse beim Lohnschutz und den EU-Spesenregelungen, welche durch innenpolitische Massnahmen abgedeckt werden sollen (63%, +6 Pp.). Damit gewinnt dieses Element im Vergleich zur ersten Messung deutlich an Akzeptanz.

Deutlich zurückhaltender werden hingegen finanzielle und sozialpolitische Zugeständnisse beurteilt. Der Solidaritätsbeitrag der Schweiz für die Periode 2030–2036 erreicht mit 50 Prozent knapp keine Mehrheit und verliert leicht an Zustimmung (-4 Pp.). Noch kritischer beurteilt wird die teilweise Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie, wonach EU-Bürger:innen nach fünf Jahren Erwerbstätigkeit Sozialhilfe beziehen können. Mit 47 Prozent Zustimmung bleibt dieses Element als einziges unter der Mehrheitsmarke (-6 Pp.).

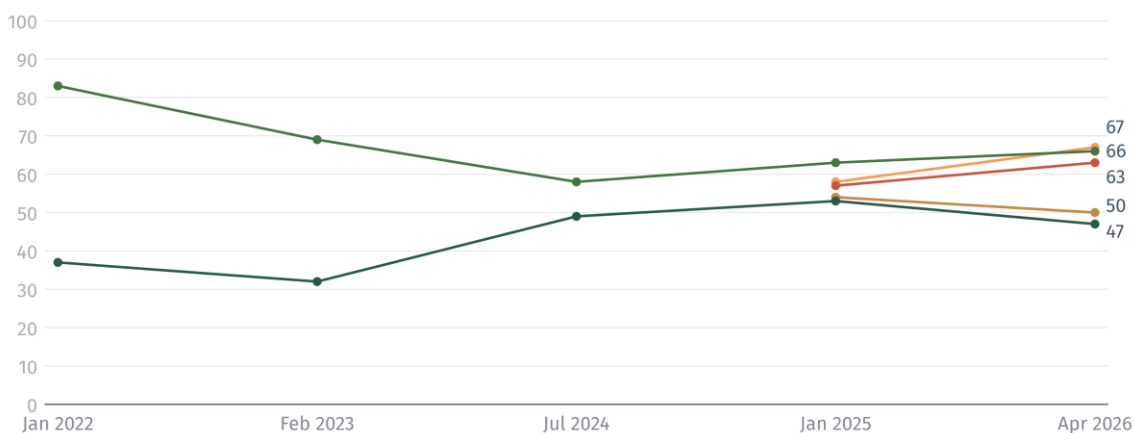
Grafik 10

Trend Verhandlungen Anpassungen bestehende Verträge (2/2)

Der Bundesrat hat auf Ende 2024 die Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge mit der EU fertig verhandelt. Im Juni 2025 wurden die Verhandlungsergebnisse vollständig publiziert und die Vernehmlassung gestartet. Aktuell werden die Bilateralen III im Parlament diskutiert. Die Bilateralen III beinhalten verschiedene Elemente zur Stabilisierung der bestehenden Abkommen und einige neue Abkommen. Zuerst geht es um Anpassungen an bestehenden Verträgen. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie mit einer solchen Anpassung voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.*

in % Stimmbevölkerung, Anteil voll/eher einverstanden

— Die Schweiz muss für Schweizer Studierende und EU-Bürgerinnen und -Bürger die gleichen Studiengebühren erheben. — Die Schweiz übernimmt EU-Recht im Rahmen bestehender Verträge, wobei das Referendumsrecht gewahrt bleibt — Die Schweiz musste bei den Lohnschutzmassnahmen Kompromisse eingehen, etwa bei den EU-Spesenregelungen, wodurch EU-Unternehmen in der Schweiz tiefere Spesen zahlen können als Schweizer Firmen. Zur Korrektur dieses Nachteils hat der Bundesrat innenpolitische Massnahmen verhandelt — Die Schweiz zahlt für die Periode 2030-2036 einen Solidaritätsbeitrag in Höhe von 350 Millionen Franken pro Jahr — Die Schweiz übernimmt teilweise die Unionsbürgerrichtlinie, damit EU-Bürgerinnen und -Bürger nach einem Aufenthalt mit Erwerbstätigkeit von fünf Jahren Sozialhilfe beziehen können



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (n = jeweils ca. 1910)

*Fragetext 2025: 'Verhandelt wurden auch Anpassungen an den bestehenden Verträgen. Sie sehen nun einige solche Anpassungen. Geben Sie bitte an, ob Sie mit einer solchen Anpassung voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.'

1.2.2 Stimmabsicht Paket Schweiz-EU

Im Anschluss an den Verhandlungsabschluss richtet sich der Blick zunehmend auf die innenpolitische Bewährungsprobe des Vertragspakets Schweiz–EU. Entsprechend wurde die Stimmabsicht zu den Anpassungen der bestehenden Bilateralen Verträge erneut erhoben – 2026 mit direktem Bezug auf das Paket Schweiz–EU, nachdem im Juli 2025 bereits nach den damals diskutierten Anpassungen gefragt worden war. Dabei zeigt sich aktuell eine mehrheitlich positive Ausgangslage.

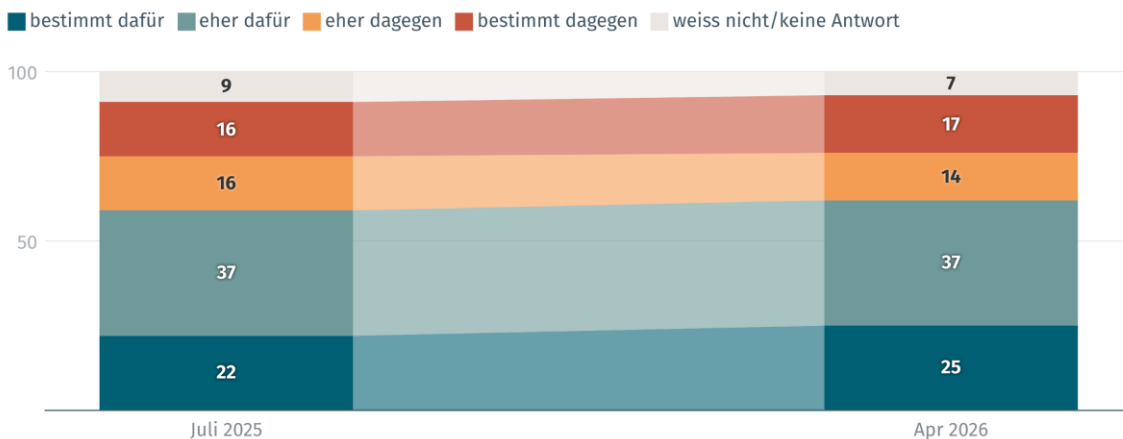
Würde heute über das Paket Schweiz–EU abgestimmt, wären insgesamt 62 Prozent der Stimmberechtigten eher oder bestimmt dafür. Demgegenüber stehen 31 Prozent, die das Paket eher oder bestimmt ablehnen würden. Mit 7 Prozent bleibt der Anteil der Unentschlossenen im Vergleich tief. Mit Bezug zur Messung vom Juli 2025 bleibt die Unterstützung stabil und zeigt damit trotz kontroverser Debatte derzeit eine mehrheitsfähige Ausgangslage für das ausgehandelte Vertragspaket.

Grafik 11

Trend Stimmabsicht Paket CH-EU (nach Szenarien/Anpassungen bestehende Verträge)

Über alle diese Anpassungen können die Schweizer Stimmberechtigten an einer Abstimmung zum Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) abstimmen. Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) abgestimmt würde, wären Sie dann ...*

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (N = jeweils ca. 1540)

*Fragetext 2025: 'Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über diese Anpassungen an den bestehenden Verträgen mit der EU abgestimmt würde, wären Sie dann ...!'

Die Stimmabsicht zum Paket Schweiz–EU unterscheidet sich deutlich nach Parteisympathie und zeigt bei den Parteungebundenen eine bemerkenswert offene Ausgangslage.

Am stärksten unterstützt wird das Paket von den Anhänger:innen der SP und der Grünen. In beiden Lagern sprechen sich jeweils 86 Prozent eher oder bestimmt für die Vorlage aus. Auch bei der GLP zeigt sich mit 88 Prozent Zustimmung eine sehr breite Unterstützung. Im politischen Zentrum fällt die Haltung differenzierter aus: Sowohl bei der Mitte (69%) als auch bei der FDP (71%) überwiegt zwar die Zustimmung klar, gleichzeitig lehnt jeweils rund jede fünfte Person respektive sogar jede vierte (24% bei FDP) das Paket eher oder bestimmt ab.

Deutlich kritischer präsentiert sich das SVP-Lager: Dort sprechen sich lediglich 30 Prozent für das Vertragspaket aus, während zwei Drittel die Vorlage ablehnen würden (66%). Besonders hoch ist dabei der Anteil entschiedener Gegner:innen (46%).

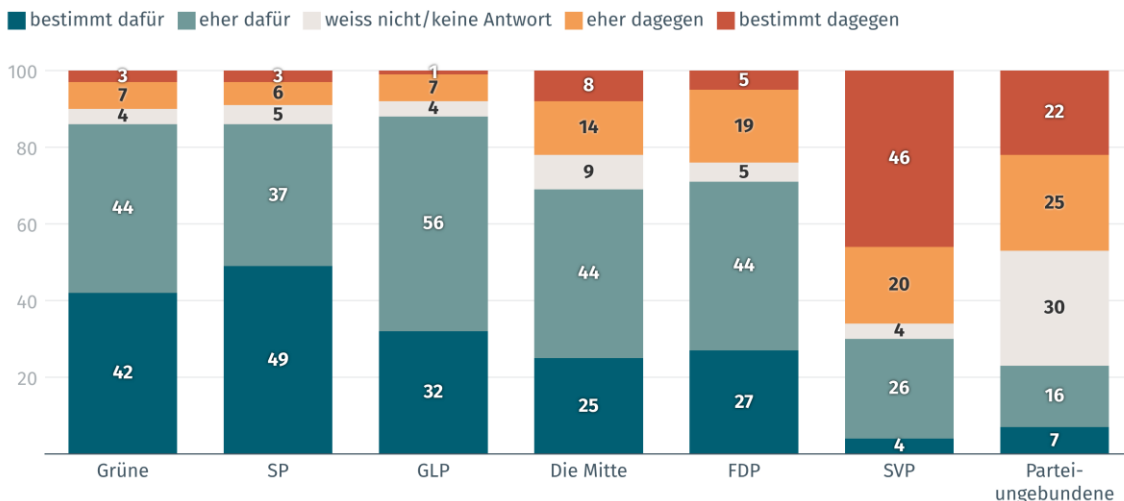
Am offensten präsentiert sich die Haltung der parteiungebundenen Stimmberechtigten. Zwar überwiegt hier die Ablehnung (47%), gleichzeitig bleibt der Anteil Unentschlossener mit 30 Prozent aussergewöhnlich hoch.

Grafik 12

Stimmabsicht Paket CH-EU nach Partei

Über alle diese Anpassungen können die Schweizer Stimmberechtigten an einer Abstimmung zum Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) abstimmen. Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) abgestimmt würde, wären Sie dann ...

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (n=2004), sig., Cramér's V = 0.3



Die Befürwortung zum Stromabkommen befindet sich indes im Vergleich zum Sommer 2025 auf konstant hohem Niveau (68%). An Zustimmung gewonnen hat hingegen das Kooperationsabkommen (72%, +5 Pp.) sowie insbesondere das Abkommen zum Handel mit Lebensmitteln (66%, +12 Pp.).

Die Argumente zugunsten des Pakets Schweiz–EU stossen insgesamt auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Sämtliche Pro-Argumente erreichen Mehrheiten, wobei insbesondere wirtschafts- und sicherheitspolitische Argumente überzeugen. Im Vergleich zur ersten Messung vom Juli 2025 legen gleich mehrere Argumente nochmals zu.

Am meisten Zustimmung erhalten die Aussagen, dass die Zeit reif sei für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU (72%) sowie dass die Schweizer Exportindustrie regelmässig Aktualisierungen brauche, um den Marktzugang zu sichern (72%, +7 Pp.). Ebenfalls mehrheitsfähig sind die Ansichten, dass das Paket die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken (66%) und dass die Schweiz in geopolitisch unsicheren Zeiten auf stabile Beziehungen zur EU angewiesen wäre (64%).

Zudem stimmen 61 Prozent der Aussage zu, dass die Schweiz nur mit den neuen Verträgen neue Abkommen mit der EU zu ihrem Vorteil abschliessen kann. Deutlich häufiger als noch im Sommer 2025 wird zudem die Einschätzung geteilt, dass EU-Bürger:innen dank den neuen Regeln schneller Anspruch auf Sozialhilfe erhalten würden (59%, +11 Pp.).

Eine Mehrheit unterstützt ausserdem die beiden Ansichten, dass die Schweiz bei Anpassungen der Abkommen weiterhin mitentscheiden könne (57%) sowie die Verbesserungen bei der Unionsbürgerrichtlinie, der Streitbeilegung und beim Lohnschutz (56%, +8 Pp.). Ebenfalls leicht häufiger als noch im Sommer 2025 wird die Auffassung geteilt, dass die neuen Verträge der Schweiz Wohlstand bringen täten (54%, +5 Pp.).

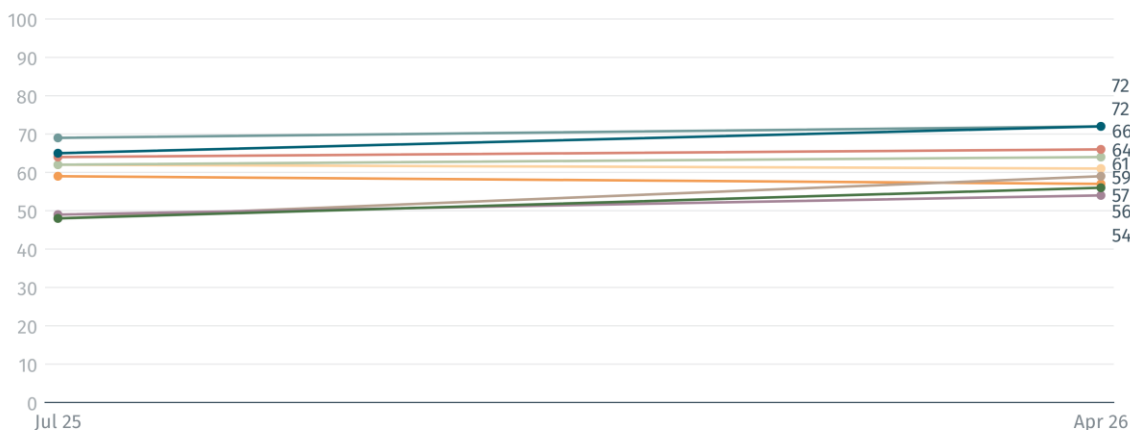
Grafik 13

Trend Argumente zum Paket CH-EU (1/2)

Wir haben hier einige Argumente gesammelt, die man rund um das Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) immer wieder hören kann. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmbevölkerung, Anteil voll/eher einverstanden

— Zeit ist reif für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU — CH-Exportindustrie braucht regelmässig Aktualisierung für den Marktzugang — Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken — Für Sicherheit in geopolitisch unruhigen Zeiten sorgen — Bedingung für Abschluss neuer Abkommen zu unserem Vorteil — EU-Bürger bekommen schneller Recht auf Sozialhilfe — Entscheidungsmöglichkeit bei jeder Anpassung am Abkommen — Verbesserungen bzgl. Unionsbürgerrichtlinie, Streitbeilegung und Lohnschutz — Verträge bringen der Schweiz Wohlstand



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (N = jeweils ca. 1540)

Im Unterschied zu den positiv formulierten Aussagen erreicht keines der kritischen Argumente zum Paket Schweiz–EU eine Mehrheit in der Stimmbevölkerung. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Zustimmung zu sämtlichen Contra-Argumenten seit Sommer 2025 zurückgegangen ist. Zentrale Befürchtungen gegenüber dem Vertragspaket haben sich damit im Verlauf der politischen Diskussion und im Zuge starker Präsenz politischer Unsicherheiten abgeschwächt.

Am meisten Zustimmung erhält noch die Aussage, dass die Schweizer Löhne durch das Paket unter Druck geraten könnten. Mit 46 Prozent bleibt dieses Argument jedoch unter der Mehrheitsmarke und verliert gegenüber Juli 2025 deutlich an Unterstützung (-12 Pp.). Ebenfalls rückläufig sind die Zustimmungswerte zu den beiden Ansichten, die EU zwingt der Schweiz ihre Regeln auf (45%, -7 Pp.) und die Schweiz gehe zu viele Kompromisse ein (43%, -9 Pp.).

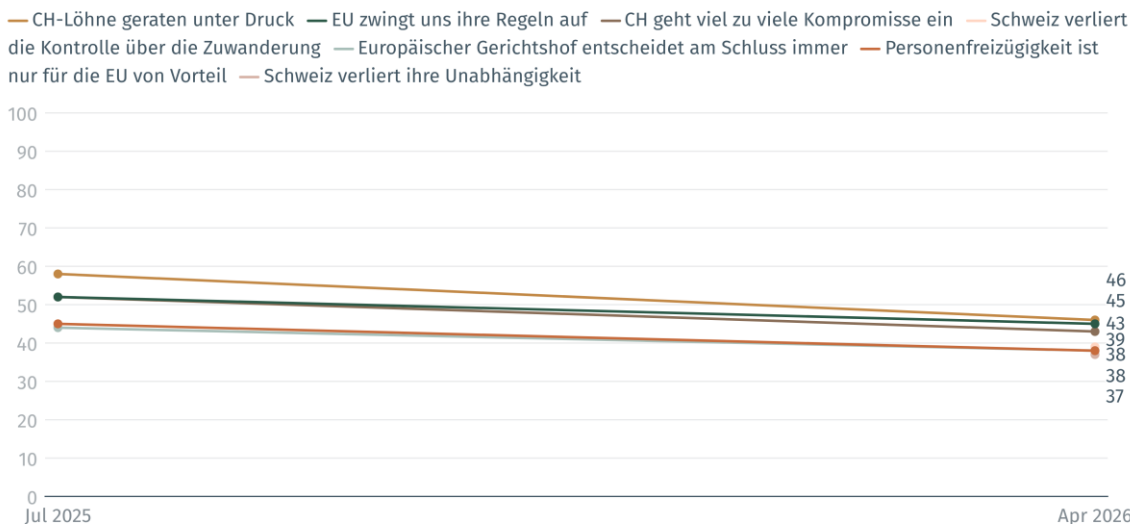
Noch weniger Zustimmung erhalten grundsätzliche Souveränitäts- und Migrationsargumente: So sind 39 Prozent der Meinung, die Schweiz verliere durch das Paket die Kontrolle über die Zuwanderung. Jeweils 38 Prozent stimmen der Aussage zu, dass am Schluss ohnehin immer der Europäische Gerichtshof entscheide (-6 Pp.) beziehungsweise dass die Personenfreizügigkeit nur der EU Vorteile bringe (-7 Pp.). Am wenigsten Zustimmung erhält die Befürchtung, die Schweiz verliere durch das Vertragspaket ihre Unabhängigkeit (37%).

Grafik 14

Trend Argumente zum Paket CH-EU (2/2)

Wir haben hier einige Argumente gesammelt, die man rund um das Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) immer wieder hören kann. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmbevölkerung, Anteil voll/eher einverstanden



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (N = jeweils ca. 1670)

Die Zustimmung zum Paket Schweiz–EU lässt sich auch inhaltlich klar verorten. Mittels Regressionsanalyse wurde untersucht, welche Argumente die Wahrscheinlichkeit erhöhen oder senken, dem Vertragspaket in einer Volksabstimmung zuzustimmen.

Am stärksten wirkt sich die Einschätzung aus, dass das Paket eine Voraussetzung für den Abschluss der neuen Abkommen zum Vorteil der Schweiz darstellt. Personen, die dieser Aussage zustimmen, haben eine um 46 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, dem Paket Schweiz–EU zuzustimmen. Ebenfalls positiv auf die Zustimmung wirkt die Überzeugung, dass das Paket Verbesserungen bei der Unionsbürgerrichtlinie, der Streitbeilegung und dem Lohnschutz bringen würde (+7 Pp.).

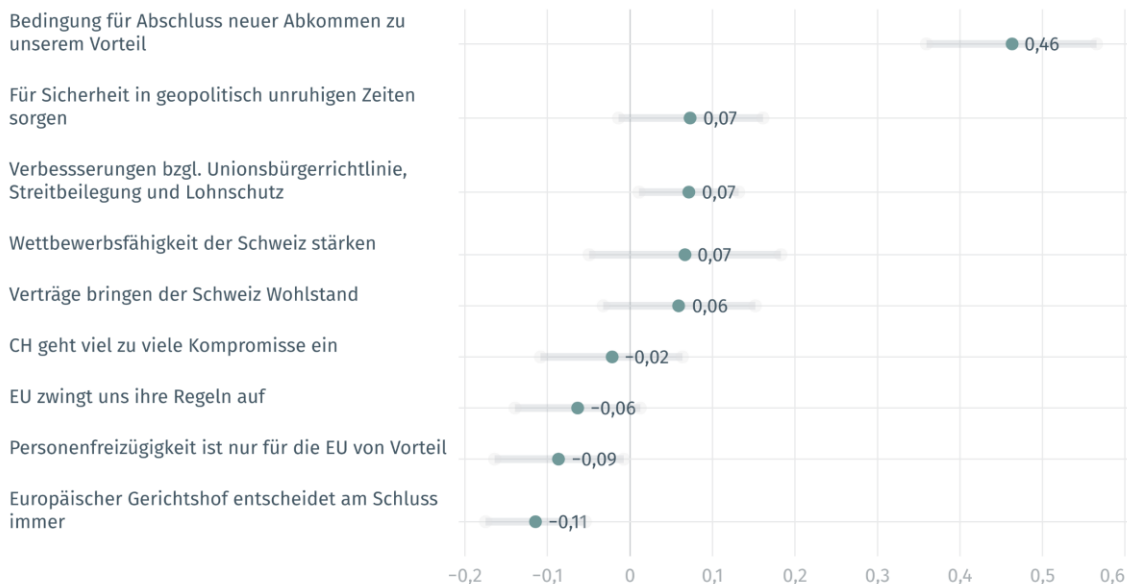
Negativ auf die Wahrscheinlichkeit ein Ja an der Urne einzuwerfen, wirken hingegen primär souveränitäts- und integrationskritische Argumente. Besonders stark reduziert sich die Zustimmung bei Personen, die der Meinung sind, dass am Ende ohnehin immer der Europäische Gerichtshof entscheide (-11 Pp.). Ebenfalls negativ wirkt die Ansicht, die Personenfreizügigkeit bringe nur der EU Vorteile (-9 Pp.).

Grafik 15

Einfluss Argumente auf die Wahrscheinlichkeit beim Paket Schweiz-EU Ja zu stimmen

Lesebeispiel: Menschen, die finden, dass das Schweiz-EU Paket eine Bedingung für den Abschluss neuer Abkommen zu unserem Vorteil ist, haben eine 46 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, Ja zu stimmen (alle anderen Faktoren konstant).

Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026 (n = 1371). Zusätzliche Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Sprachregionen, Siedlungsart. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

Die Beurteilung der Argumente zum Paket Schweiz–EU unterscheidet sich stark entlang der parteipolitischen Lager. So sind die Pro-Argumente im links-grünen Lager und bei der GLP besonders breit abgestützt. Jeweils über 90 Prozent der Grünen-, SP- und GLP-Anhänger:innen stimmen der Aussage zu, die Zeit sei reif für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU. Auch wirtschaftliche Argumente wie die Sicherung des Marktzugangs, oder die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit finden dort sehr hohe Zustimmung.

Bei der Anhängerschaft von Mitte und FDP zeigt sich ein stärker pragmatisch geprägtes Muster. Wirtschafts- und sicherheitspolitische Argumente überzeugen auch hier klar, während integrations- oder sozialpolitische Aspekte zurückhaltender beurteilt werden.

Die SVP-Anhängerschaft betrachtet das Paket hingegen deutlich kritischer. Besonders verbreitet sind dort die Befürchtungen, die EU zwingt der Schweiz ihre Regeln auf (69%), die Schweiz gehe zu viele Kompromisse ein (71%) oder verliere die Kontrolle über die Zuwanderung (69%). Gleichzeitig bleiben die positiven Argumente selbst bei wirtschaftlichen Themen deutlich weniger überzeugend als innerhalb der übrigen Parteianhängerschaften.

Auffällig bleibt schliesslich die parteiungebundene Bevölkerung. Dort fallen die Zustimmungswerte zu den Pro-Argumenten teils ähnlich tief wie bei den Sympathisant:innen der SVP aus. Lediglich das Zuwanderungsargument und jenes das die Sozialhilfe betrifft, vermögen hier nicht gleichermassen zu überzeugen.

Grafik 16

Argumente zum Paket CH-EU nach Partei

Wir haben hier einige Argumente gesammelt, die man rund um das Paket Schweiz-EU (Bilaterale III) immer wieder hören kann. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmbevölkerung, Anteil voll/eher einverstanden

Argument	Total	Grüne	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Partei-ungebundene
Zeit ist reif für eine gesicherte und stabile Zusammenarbeit mit der EU	72	92	91	94	81	84	46	48
CH-Exportindustrie braucht regelmässig Aktualisierung für den Marktzugang	72	83	79	84	84	82	57	49
Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken	66	80	88	88	76	77	37	46
Für Sicherheit in geopolitisch unruhigen Zeiten sorgen	64	82	84	86	74	72	36	45
Bedingung für Abschluss neuer Abkommen zu unserem Vorteil	61	79	81	85	68	72	35	41
EU-Bürger bekommen schneller Recht auf Sozialhilfe	59	52	50	52	62	57	75	52
Entscheidungsmöglichkeit bei jeder Anpassung am Abkommen	57	73	72	72	55	67	41	37
Verbesserungen bzgl. Unionsbürgerrichtlinie, Streitbeilegung und Lohnschutz	56	71	69	67	62	69	42	30
Verträge bringen der Schweiz Wohlstand	54	75	72	69	62	67	30	25
CH-Löhne geraten unter Druck	46	27	30	36	46	38	67	59
EU zwingt uns ihre Regeln auf	45	22	19	30	38	45	69	70
CH geht viel zu viele Kompromisse ein	43	14	17	25	36	39	71	70
Schweiz verliert die Kontrolle über die Zuwanderung	39	12	14	19	40	32	69	44
Europäischer Gerichtshof entscheidet am Schluss immer	38	31	20	24	34	34	56	51
Personenfreizügigkeit ist nur für die EU von Vorteil	38	17	17	23	37	30	62	62
Schweiz verliert ihre Unabhängigkeit	37	13	10	20	31	32	63	69

© gfs.bern, Standort Schweiz, 13. Welle, April-Mai 2026

1.2.3 Stimmabsicht zum Paket Schweiz-EU im Vergleich

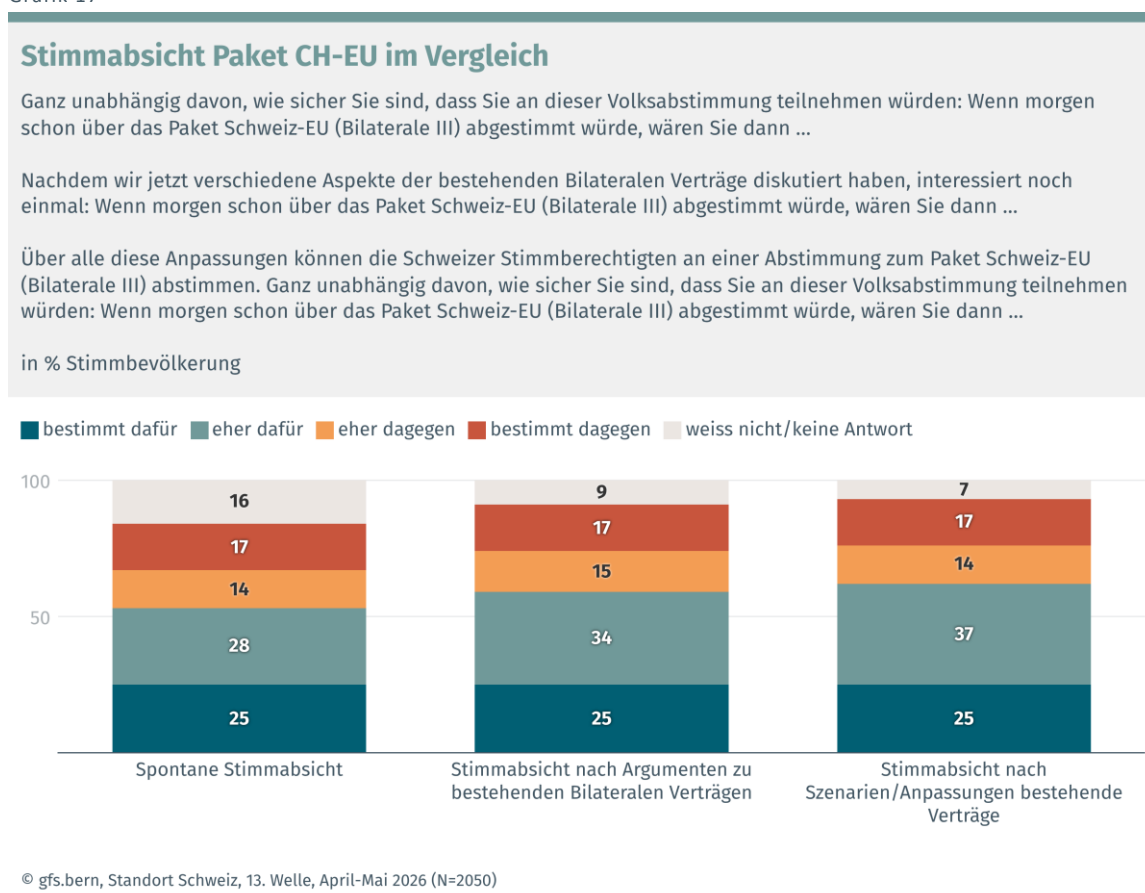
Die Stimmabsicht zum Paket Schweiz–EU wurde im Verlauf der Befragung insgesamt dreimal erhoben, um mögliche Veränderungen der Meinungsbildung im Zuge der Diskussion verschiedener Aspekte der Vorlage sichtbar zu machen. Die Gegenüberstellung der drei Messzeitpunkte zeigt, ob und wie stark die Beurteilung des Vertragspakets vom jeweiligen Informations- und Diskussionsstand abhängt: Je konkreter sich die Stimmberechtigten mit den bestehenden Bilateralen, den ausgehandelten Anpassungen sowie den Argumenten rund um das Paket auseinandersetzen, desto höher fällt die Zustimmung zur Vorlage aus.

Die spontane Stimmabsicht zu Beginn der Befragung entspricht dabei am ehesten einem wenig gestützten Bauchentscheid. Zu diesem Zeitpunkt sprechen sich 53 Prozent für das Paket Schweiz–EU aus, während 31 Prozent dagegen wären. Gleichzeitig ist der Anteil Unentschlossener mit 16 Prozent im Vergleich betrachtet

noch hoch. Nach der Diskussion der bestehenden Bilateralen und der Beziehungen Schweiz–EU steigt die Zustimmung leicht an. Die Stimmabsicht nach Argumenten zu den bestehenden Verträgen erreicht 59 Prozent Zustimmung, während der Anteil Unentschlossener deutlich zurückgeht. Am höchsten fällt die Zustimmung schliesslich nach der Diskussion der konkreten Szenarien und Anpassungen der bestehenden Verträge aus. In dieser Situation sprechen sich 62 Prozent für das Paket Schweiz–EU aus, während nur noch 7 Prozent unentschlossen bleiben.

Welche dieser Perspektiven im Verlauf eines späteren Abstimmungskampfes dominieren wird, bleibt derzeit offen. Die Resultate zeigen jedoch, dass selbst die weitgehend ungestützte spontane Stimmabsicht aktuell knapp mehrheitlich zugunsten des Vertragspakets ausfällt.

Grafik 17



2 Erste Synthese

In Theseform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:

BILATERALE
NACH WIE VOR
BREIT
GESTÜTZT

Die Unterstützung für den bilateralen Weg bleibt hoch, die Wahrnehmung der Beziehungen zur EU wird jedoch ambivalenter. Zwar sieht weiterhin eine klare Mehrheit Vorteile in den Bilateralen, gleichzeitig nimmt der Anteil jener Personen zu, die sowohl Vor- als auch Nachteile erkennen. Damit setzt sich die Entwicklung der letzten Befragungswellen fort: Die Unterstützung für die Bilateralen bleibt insgesamt stabil auf hohem Niveau. Die Beziehungen zur EU werden jedoch im Vergleich zum Sommer 2025 wieder differenzierter beurteilt.

BILATERALE
PRIMÄR
WIRTSCHAFT-
LICH
LEGITIMIERT

Die Bilateralen werden weiterhin primär wirtschaftlich legitimiert. Der Zugang zum europäischen Exportmarkt und die Überzeugung, dass die Verträge der Schweiz Wohlstand bringen würden, bleiben die zentralen Treiber einer positiven Sicht auf die Bilateralen. Gleichzeitig bleiben wirtschafts- und innovationspolitische Argumente wie Forschung, Wettbewerbsfähigkeit und der Zugang zu Fachkräften breit abgestützt. Zusätzlich gewinnen Fragen der geopolitischen Stabilität an Gewicht. Die Beziehungen zur EU werden dadurch zunehmend als strategische und wirtschaftliche Notwendigkeit wahrgenommen.

KONFRONTATI
VE
EU-KRITIK
VERLIERT AN
GEWICHT

Trotz hoher Zustimmung zu den wirtschaftlichen Vorteilen bleiben migrations- und EU-kritische Vorbehalte gegenüber den Bilateralen breit verbreitet. Eine Mehrheit sieht weiterhin Belastungen durch die Personenfreizügigkeit oder beurteilt die EU kritisch als bürokratisch. Gleichzeitig verlieren besonders konfrontative Deutungen der Beziehungen Schweiz–EU zuletzt an Zustimmung. So nehmen etwa Zustimmungswerte ab, die die Wahrnehmung eines Kontrollverlusts bei der Zuwanderung betreffen oder die Ansicht abbilden, die Schweiz lasse sich von der EU erpressen. Die Beziehungen zur EU werden dadurch wieder etwas pragmatischer beurteilt.

PRAGMATISC
HE
VORTEILE
STÄRKEN DAS
VERTRAGSPAK
ET

Das ausgehandelte Paket Schweiz–EU verfügt derzeit über eine mehrheitsfähige Ausgangslage. Besonders stark überzeugen konkrete wirtschaftliche und sicherheitspolitische Elemente wie Horizon, der Lohnschutz, oder die Schutzklausel bei der Zuwanderung. Die Wahrnehmung, dass das Paket eine Voraussetzung für den Abschluss neuer Abkommen zum Vorteil der Schweiz darstellt, erweist sich dabei als zentraler Treiber der Zustimmung. Das Vertragspaket wird damit primär als pragmatischer Schlüssel für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs verstanden mit erwarteten Vorteilen für Marktzugang, Forschung, Wettbewerbsfähigkeit und stabile Beziehungen zur EU. Skepsis konzentriert sich hingegen weiterhin vor allem auf institutionelle Souveränitätsfragen und die Rolle europäischer Institutionen.

3 Infobox

- **Auftraggeber:** Interpharma
- **Grundgesamtheit:** Stimmberechtigte der Schweiz, die einer der drei Hauptsprachen mächtig sind
- **Erhebungsart:** Mixed-Mode (Online- und Telefonbefragung)
 - Online: Hauseigenes Online-Panel «Polittrends» für Stimmbevölkerung
 - Telefon: (CATI) mit Random Digit Dialing
- **Stichprobengrösse:** Total Befragte N = 2'050
 - > n DCH: 1440
 - > n FCH: 488
 - > n ICH: 122
 - > n Onlinepanel: 1335
 - > n Telefonbefragung: 715
- **Gewichtung:** Dual-Frame-Gewichtung, Alter/Geschlecht nach Sprache, Sprache, Siedlungsart, Bildung, Partei, Recall Abstimmung SRG-Initiative
- **Stichprobenfehler:** ± 2.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
- **Befragungszeitraum:** 01. April bis 12. Mai 2026

4 Anhang

4.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.



SOPHIE SCHÄFER

Projektleiterin

✉ sophie.schaefer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Gesellschaft, Issue Monitoring, Social Media, Datenanalyse, quantitative und qualitative Methoden



JENNY ROBERTS

Data Scientist / Projektleiterin

✉ jenny.roberts@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden





ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

SCHWERPUNKTE:

DESKTOP-PUBLISHING, VISUALISIERUNGEN,

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 